



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 41. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 13. April 2016, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller (Potsdam), MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Ursachen von Kinderarmut: selektives Bildungssystem“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 21**

Stellungnahme zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 21**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 21**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 13. April 2016, 16:00 Uhr

öff.

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bähr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 8. April 2016

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 13. April 2016, 16:00 Uhr *öff.*

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Gehrmann, Roland	Linke	
Gräfe, Konstantin	LINKE	
Fuchsloch, Kai	Linke	
Köster, Marc	B98	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Ursachen von Kinderarmut: selektives Bildungssystem“
am Mittwoch, dem 13. April 2016, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Nora Jehles Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung	
Dr. Thomas Lampert Robert Koch-Institut, Abt. Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring	
Prof. Dr. Kai Maaz Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 13, 15, 18, 19, 20, 21
Abg. Eckhard Pols	17, 18
Abg. Susann Rüttrich	17
Abg. Beate Walter-Rosenheimer	18
Abg. Jörn Wunderlich	16, 19

Sachverständige

Nora Jehles	14, 15, 16, 17, 21
Dr. Thomas Lampert	8, 18, 19, 20
Prof. Dr. Kai Maaz	11, 19, 21

Bundesregierung

Katharina Erbedinger (BMAS)	16
-----------------------------	----



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Ur- sachen von Kinderarmut: selektives Bildungssys- tem“

Vorsitzender: Einen schönen guten Tag. Ich öffne die 41. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Wir haben wie immer unter dem Tagesordnungspunkt 1 ein öffentliches Expertengespräch. Kurz zur Kinderkommission: Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages ist ein ungewöhnlicher Unterausschuss und heißt eigentlich „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“. Sie besteht aus vier Mitgliedern und vier stellvertretenden Mitgliedern, die in der Reihe der Fraktionsgröße den Vorsitz führen, d. h. Herr Pols, CDU/CSU, war in der ersten Phase der Vorsitzende der Kinderkommission, danach kam Frau Rührich von der SPD-Fraktion, gegenwärtig führe ich, Norbert Müller, von den Linken den Vorsitz und übergebe im Herbst an Beate Walter-Rosenheimer von den Grünen. Thema des öffentlichen Expertengesprächs ist heute „Ursache von Kinderarmut: das selektive Bildungssystem“. Es geht aber nicht nur um das selektive Bildungssystem, sondern auch um Kindergesundheit. Wir wollten das zusammenfassen. Wir haben das in der Pressemitteilung entsprechend ergänzt. Als Einzelsachverständige haben wir heute geladen, in dieser Reihenfolge werden wir auch die Eingangsreferate hören: Dr. Thomas Lampert vom Robert Koch-Institut aus Berlin, Prof. Dr. Kai Maaz vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung und Frau Nora Jehles vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung. Die PowerPoint-Präsentationen, die Sie mitgebracht haben, werden wir wie immer hinbekommen. Ich möchte darum bitten, dass Sie die Mikrofone benutzen, weil wir ein Wortprotokoll anfertigen. Was nicht für das Protokoll sein soll, brauchen Sie auch nicht hineinzusprechen, aber insgesamt ist es sinnvoll, viele Inhalte in die Protokolle zu sprechen. Aus den Wortprotokollen wird dann mein Büro eine Stellungnahme zum Komplex Kinderarmut verfassen, die in der Kinderkommission, das ist eine weitere Besonderheit, dann im Konsens beschlossen werden muss, d. h., da gibt es viel Arbeit. Wir haben heute weitere Gäste, die ich auch gleich begrüßen möchte: zum wiederholten Male Frau Bettina Zötsch vom Referat Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe des

BMFSFJ und Frau Katharina Erbedinger vom Referat zur Wohlmessung, Armuts- und Reichtumsfragen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, ich glaube, Sie waren auch schon einmal hier: herzlich willkommen. Das richtet sich auch an alle anderen Gäste, die ich nicht namentlich begrüßen kann. Jetzt kommen wir zu den Eingangsreferaten. Wir haben 10 Minuten vereinbart und beginnen mit Herrn Dr. Lampert. Nach 11 Minuten werde ich versuchen, durch Klopfen und andere Hinweise anzuzeigen, dass die Zeit davon läuft. Wir sind hier in der Sitzungswoche immer etwas knapp mit der Zeit. Ich bitte um Verständnis.

Dr. Thomas Lampert (Robert Koch-Institut, Abt. Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring): Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr über die Einladung und die Möglichkeit, hier zum Thema Auswirkungen von Armut auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen Stellung nehmen zu dürfen. Dabei werde ich mich überwiegend auf eine Studie beziehen, die wir am Robert Koch-Institut erstmals in den Jahren 2003 bis 2006 durchgeführt haben. Die Studie wird jetzt als Längsschnittstudie durchgeführt und ermöglicht uns demnächst, die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen über einen Zeitraum von 10 Jahren weiterzuverfolgen, und zwar unter Berücksichtigung ihrer sozialen Herkunft und den Lebensbedingungen, unter denen sie aufwachsen. Das Besondere an dieser Studie war, dass sie das ganze Altersspektrum von 0 bis 17 Jahren und alle wichtigen Facetten der gesundheitlichen Entwicklung im Kindes- und Jugendalter abdeckt, also sowohl die körperliche, die seelische als auch die psychosoziale Gesundheit mit berücksichtigt, und dass wir auch versucht haben, den familiären Kontext sehr stark mit abzubilden. Wir haben von 2003 bis 2006 fast 18.000 Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland befragt, das ist in dieser Form, glaube ich, in Europa eine der größten Studien zum Kindes- und Jugendalter. Wir haben nicht nur die Kinder und ihre Eltern befragt, sondern auch körperliche Untersuchungen durchgeführt, d. h., uns steht eine ganz andere Datenbasis zur Verfügung, als das mit reinen Befragungen der Fall wäre.

Sie sehen hier das Untersuchungsprogramm dar-



gestellt. In der Untersuchung haben wir Daten zur körperlichen Fitness und motorischen Leistungsfähigkeit erhoben. Wir haben auch Blut- und Urinproben genommen und können Aussagen über verschiedene zugrundeliegende Erkrankungen treffen; das wäre mit reinen Befragungsdaten in dieser Form nicht möglich. Ich habe es bereits eingangs gesagt, eine weitere Besonderheit der Studie ist, dass wir nicht einmalig befragt haben, nicht einen reinen Querschnitt haben, sondern dass wir bereits 2009 und 2012 eine Wiederholungsbefragung mit den gleichen Kindern und Jugendlichen durchgeführt haben, so dass sich ein Längsschnitt aufbaut. Wir können also wirklich sagen, was sich im Verlauf von fünf bis sechs Jahren getan hat. Gleichzeitig haben wir die Stichprobe so konstruiert, dass wir auch schauen können, was sich in Bezug auf die Querschnitte gewandelt hat – also beispielsweise, ob sich der Anteil der adipösen Kinder in diesem Zeitraum verändert hat. Das heißt, wir können auch die zeitlichen Trends abbilden. Zurzeit sind wir wieder im Feld und befragen noch einmal dieselben Kinder und Jugendlichen. Das sind immerhin noch 12.000 Kinder. Diese Erhebung ist 2014 angelaufen, 2017 wird sie abgeschlossen sein. Wir haben damit die Möglichkeit, die Kinder und Jugendlichen über einen Zeitraum von 10 Jahren zu begleiten: d. h. die Kinder, die damals 6/7 Jahre alt gewesen sind, sind jetzt im Alter von 16 bis 17 Jahren und die damaligen Jugendlichen sind jetzt im jungen Erwachsenenalter. Diese Längsschnittdaten sind das wirklich Spannende, weil Sie damit die Zusammenhänge zwischen der sozialen Entwicklung, der Bildungsbeteiligung und der Gesundheit sehr genau nachvollziehen können.

Ich möchte Ihnen jetzt gerne einige Ergebnisse vorstellen. Wir haben u. a. die Eltern danach gefragt, wie sie den allgemeinen Gesundheitszustand ihrer Kinder beurteilen. Das erfreuliche Ergebnis ist, dass 94 Prozent der Eltern den Gesundheitszustand ihrer eigenen Kinder als sehr gut oder gut beurteilen. Wir können davon ausgehen, dass der größte Teil der sozial benachteiligten Kinder und der Kinder mit Migrationshintergrund in Deutschland gesund aufwächst. Das ist die positive Nachricht. Wenn wir uns aber den Anteil der Kinder und Jugendlichen anschauen, die einen nur mittelmäßigen, schlechten oder sehr schlechten

Gesundheitszustand haben, dann sehen wir sehr deutlich, wie sich die soziale Herkunft auswirkt – hier dargestellt am sozialen Status. Da fließt nicht nur das Einkommen mit ein, sondern wir berücksichtigen auch den Bildungsstand und die berufliche Stellung der Eltern, weil wir davon ausgehen, dass gerade die Bildung der Eltern für viele Aspekte des Gesundheitsverhaltens wie beispielsweise die Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen einen besonders hohen Stellenwert hat. Diese sozialen Gradienten können Sie hier sehr gut sehen: Je niedriger der soziale Status, umso so höher ist der Anteil der Kinder, die bei keiner sehr guten Gesundheit sind. Wir sind davon ausgegangen, dass wir diesen sozialen Gradienten auch bei chronischen Erkrankungen und typischen Kinderkrankheiten sehr deutlich sehen. Das war so nicht der Fall. Daher haben wir versucht, diejenigen Bereiche sehr stark herauszuarbeiten, in denen wir dies sehr deutlich sehen, und das ist insbesondere der Bereich der psychosozialen Gesundheit. Wenn wir uns Verhaltensauffälligkeiten anschauen – Kinder mit emotionalen Problemen, Kinder, die im Umgang mit Gleichaltrigen auffällig werden, hyperaktive Kinder –, dann sehen wir diesen sozialen Gradienten zuungunsten von Kindern aus sozial benachteiligten Gruppen sehr deutlich: in diesen Gruppen gibt es ein ungefähr dreifach erhöhtes Risiko, psychisch auffällig zu sein. Wenn wir uns ADS gesondert anschauen, dann sehen wir, dass sich hier der Gradient sehr deutlich abzeichnet. Bei Jungen ist das noch etwas stärker der Fall, weil Jungen insgesamt von ADS auch häufiger betroffen sind. Sehr auffällig ist, dass sich der Einfluss des sozialen Status, der sozialen Herkunft sehr früh abzeichnet. Wir sehen das bereits bei frühkindlichen Einflussfaktoren, wie beispielsweise das Rauchen der Mütter während der Schwangerschaft, das immer Auswirkungen auf die Entwicklung des Fötus hat. Das ist nichts, was sich auswächst, das sind Schädigungen, die man dann später bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bei Stoffwechselstörungen im mittleren Lebensalter sieht. Da geht die Schere wirklich auseinander. Dieser Belastung sind insbesondere Kinder aus den unteren Statusgruppen ausgesetzt, es sind relativ wenige Frauen mit guter Bildung, die während der Schwangerschaft rauchen. Wobei wir auch immer glauben, dass hier die soziale „Erwünschtheit“ auch ein bisschen mit zum Tragen kommt, wenn wir diese Frauen selbst



fragen. Die Kinder werden seltener gestillt, und bei vielen anderen Indikatoren sehen wir das in vergleichbarer Weise. Wir waren damals nicht wirklich überrascht, diesen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Gesundheit zu sehen; uns hat überrascht hat, dass wir diesen Einfluss in fast allen Entwicklungsbereichen derart stark ausgeprägt sehen.

Neben den bereits gezeigten, möchte ich hier noch einige Bereiche nennen: Die Zahlen besagen bei Essstörungen, dass es in den unteren Statusgruppen ein 1,9fach erhöhtes Risiko für eine Essstörung gibt. Passivrauchexposition ist bei Kindern mit geringer sozialer Herkunft um den Faktor 5 erhöht und sie nehmen seltener an den U-Untersuchungen teil. Kinder aus den unteren Statusgruppen sind häufiger Opfer, aber auch Täter bei Gewaltausübung. Das zeigt sich in all diesen Bereichen sehr deutlich, die Unterschiede sind sehr stark ausgeprägt. Wir haben aber auch gesehen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern, die über gute Ressourcen verfügen, die Unterstützung im Elternhaus und viel Zuspruch erfahren und die vor allem von sich aus sagen, dass sie im Familienkontext etwas gemeinsam machen – also über familiäre Ressourcen verfügen –, nicht gleichermaßen von den Auswirkungen des sozialen Status auf die Gesundheit betroffen sind. Diese Daten hier gelten nur für Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern; sie vergleichen diejenigen mit guten Ressourcen mit denjenigen mit weniger guten familiären und sozialen Ressourcen wie beispielsweise Einbindung in Freundeskreise oder das Klima in der Nachbarschaft, und auch personale Ressourcen. Das bezieht sich auf die Frage, wie optimistisch die Kinder in die Zukunft schauen, welche Kontrolle sie über ihr eigenes Handeln ausüben; hier kommen also psychologische Konzepte zum Tragen. In Bezug auf Verhaltensauffälligkeiten zeigt sich, dass Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern, die über gute soziale, personale und familiäre Ressourcen verfügen, deutlich seltener von Verhaltensauffälligkeiten betroffen sind. Das zeigt sich auch im Hinblick auf Adipositas sowie auf die Anfälligkeit für das Rauchen oder anderen Substanzmittelkonsum, das zeigt sich ziemlich durchgehend. Es zeigt sich auch, dass Kinder aus sozial bessergestellten Elternhäusern, die nicht über diese Ressourcen verfügen, auch in all diesen Gesundheitsbereichen

deutlich schlechter abschneiden. Ressourcenausstattung ist hier wichtig, und da zeigen sich sehr deutliche Ansatzpunkte dahingehend, dass Prävention und Gesundheitsförderung an der Stärkung der Ressourcen von Kindern und ihren Familien ansetzen müssen.

Einen anderen Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft, Bildung und der Gesundheit. Ausgangspunkt waren hier die Ergebnisse der Pisa- und auch der OECD-Studien, die zeigen, dass in Deutschland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen relativ eng ist. Hier haben wir untersucht, wie Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern den Sprung auf ein Gymnasium schaffen und wie deren gesundheitliche Entwicklung ist. Es zeigt sich relativ deutlich, dass Kinder mit positiver Entwicklung in der Schule in Bezug auf Verhaltensauffälligkeiten oder Adipositas im Vergleich zu den Mitschülern aus bessergestellten Elternhäusern nicht negativ auffallen. Und umgekehrt zeigt sich auch wieder, dass Kinder aus sozial bessergestellten Elternhäusern, die entgegen der oftmals bestehenden Erwartung kein Gymnasium besuchen, in all diesen Bereichen und auch in ihrer Gesundheit beeinträchtigt sind. Es zeigt sich durch viele Studien, die wir durchgeführt haben, dass Bildung ein ganz wichtiger Schlüssel ist, um die eigene Situation, die eigenen Lebenschancen zu verbessern oder, wenn man gute Startchancen hat, die gesundheitliche Entwicklung langfristig zu untermauern.

Wir können aus unseren Studien, aber auch aus vielen Ergebnissen anderer Studien, die wir im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung bei uns im Haus zusammenführen – hier kommen beispielsweise auch die Einschulungsuntersuchungen, aber auch viele andere Datenquellen zum Tragen – zusammenfassen: Das Gros der Kinder und Jugendlichen wächst in Deutschland gesund auf, in vielen Bereichen sehen wir aber auch ungünstige Entwicklungen, beispielsweise bei der psychosozialen Gesundheit oder Adipositas. Diese problematischen Entwicklungen zeigen sich insbesondere bei Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern. Das gilt für den allgemeinen Gesundheitszustand, das gilt für das Gesundheitsverhalten, das gilt auch für die Inanspruchnahme



von präventiven Angeboten wie die U-Untersuchung oder auch die Zahnkontrolluntersuchung. Die Studien machen aber auch deutlich – und das ist ein sehr positives Ergebnis –, dass durch die Förderung und das Vorhandensein von Ressourcen viele negative Effekte einer sozial benachteiligten Lebenslage abgepuffert werden können, und dass eine gelungene Schulbildung Hand in Hand mit einer guten gesundheitlichen Entwicklung geht. Das macht deutlich, dass sich an Prävention und Gesundheitsförderung hohe Anforderungen stellen, nämlich dahingehend, dass auch die unteren Statusgruppen erreicht werden müssen. Wir wissen, dass das oftmals noch nicht ausreichend der Fall ist, dass sich das aber, wenn es gelingt, tatsächlich in einem positiven Ergebnis für die gesundheitliche Entwicklung widerspiegelt. Mit Blick auf das Präventionsgesetz bedeutet das sicherlich, dass man den Erfolg dieser Maßnahmen auch daran testen sollte, ob alle Kinder und Jugendlichen und nicht nur die Kinder aus den mittleren und den höheren Statusgruppen erreicht werden. Vielen Dank.

Prof. Dr. Kai Maaz (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Sie müssen für diesen Input ohne PowerPoint auskommen. Ich versuche, die mir wichtigen Dinge zu diesem Thema, in Worte zu fassen. Ich werde versuchen, in meinem Statement einen generellen Blick auf das Bildungssystem vor dem Hintergrund der Selektivität und den damit verbundenen Bildungs- und Lebenschancen zu skizzieren. Wenn man das Thema „Ursachen von Bildungsarmut“ mit Bezug auf die Selektivität des Bildungssystems thematisiert, kann man dies meines Erachtens aus zwei Perspektiven tun. Es gibt auf der einen Seite eine kurz- oder besser gesagt mittelfristige Perspektive, wenn es darum geht, Kinder aus sozioökonomisch schwachen Familien bestmöglich zu fördern und institutionelle Barrieren des Bildungserwerbs abzubauen; auf der anderen Seite gibt es aus einer intergenerationalen Perspektive eine eher langfristige Perspektive, wenn es darum geht, die Gruppe aus sozioökonomisch schwachen Familien zu verkleinern, also über Bildung langfristig Kinderarmut in der Gesellschaft abzubauen. Ich werde versuchen, mich im Wesentlichen auf die erste Perspektive zu beschränken, weil es

meines Erachtens die bildungspolitisch relevante ist.

Wenn über die Rolle des Bildungssystems für die Entstehung von sozialen Ungleichheiten diskutiert wird – und darum geht es im Prinzip auch, wenn man über Bildungsarmut spricht –, dann könnten die Pole in der Diskussion möglicherweise nicht gegensätzlicher sein, als sie in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion sind: Es reicht von der Position, die Schule, das Bildungssystem sei das Übel der sozialen Ungleichheit, bis zu dem Standpunkt, die Schule, das Bildungssystem sei die große Gleichmacherin in der Gesellschaft. Die Wahrheit liegt sicherlich dazwischen und hängt wesentlich von der Betrachtung auf den Gegenstand ab. Wichtig scheint mir, sich zu vergegenwärtigen, dass wir in Deutschland kein einheitliches Bildungssystem haben. Damit meine ich nicht nur die föderalen Strukturen, die für unterschiedliche Ausgestaltungen des Bildungssystems sorgen, sondern dass unser Bildungssystem mehrfach horizontal in verschiedene Bildungsbereiche gegliedert ist. Das findet man im internationalen Kontext in allen Bildungssystemen. Hinzu kommt aber in vielen Bildungsbereichen im deutschen Bildungssystem eine vertikale Gliederung, also dass es beispielsweise im Schulbereich verschiedene Schulformen gibt, die nebeneinander in einem Bildungsbereich stehen und dass lange Zeit mit dem Besuch einer dieser Schulformen bestimmte Bildungs- und damit auch Lebenschancen verbunden waren. Man kann auch sagen, dass die Bildungslaufbahn eines Kindes, eines Jugendlichen in Deutschland mit besonders vielen Bildungsübergängen verbunden ist. Das kann positiv sein, weil mit Übergang in eine bestimmte Lernumwelt auch bestimmte Lernmöglichkeiten verbunden sein können. Das kann aber – und dahin geht die Diskussion eigentlich, wenn es um die Mehrgliedrigkeit des Bildungssystems geht – auch mit negativen Folgen verbunden sein. Durch Selektionsprozesse, die nicht nur auf Leistung basieren, sondern von askriptiven Merkmalen der Kinder, wie der sozialen Herkunft, dem Geschlecht oder dem Migrationsstatus abhängig sind, werden auch Bildungschancen verbaut. Fest steht – und das sollte man auch nicht beschönigen, Herr Lampert hat darauf auch schon hingewiesen –, dass wir trotz vieler positiver Entwicklungen in Deutschland nach wie vor einen sehr engen Zu-



sammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den verschiedenen Indikatoren des Bildungserfolgs haben, und zwar sowohl bezogen auf den Kompetenzerwerb als auch auf die Bildungsbeteiligung und die darin angelegten Bildungszertifikate. Fest steht aber auch, dass in den letzten 15 Jahren sehr viel Positives passiert ist. Wenn Sie sich die Entwicklung im Pisa-Kontext anschauen, dann haben sich die mittleren Kompetenzen in den letzten 15 Jahren oder 12 Jahren – Pisa 2015 wird erst in diesem Jahr veröffentlicht – zwar nicht sehr substantiell von Studie zu Studie, aber doch kontinuierlich angehoben. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich Kinder aus sozial schwachen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund in ihren Kompetenzen verbessert haben. Einen positiven Effekt können wir auch bei der Gymnasialbeteiligung insbesondere von Kindern aus Arbeiter- und Angelerntenfamilien sehen, hier gab es einen Anstieg. Bei den Kindern aus den oberen sozialen Herkunftsgruppen finden wir eine vergleichsweise hohe Stabilität.

Wie selektiv ist unser System und wie entscheidend ist die Selektivität für die Entstehung von Ungleichheiten? Da gibt es eine These, die man, glaube ich, auch im Großen und Ganzen behagen kann, nämlich dass frühe Differenzierungen im Bildungserwerbsprozess in besonderer Weise die Entstehung sozialer Ungleichheiten befördern können. Aber ganz so einfach ist es sicherlich auch nicht. Wir haben in Deutschland ja unterschiedliche Grundschulsysteme mit vier und sechs Jahren. Wenn wir uns den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule in den einzelnen Ländern anschauen, dann finden wir letztendlich hinsichtlich der sozialen Selektivität keine substantiellen Unterschiede. Die Frage, ob vier oder sechs Jahre Grundschule, scheint also nicht entscheidend zu sein; es ergibt sich möglicherweise sogar die Frage, ob es eine noch längere Phase des gemeinsamen Lernens sein müsste, um diesen Unterschied auch wirklich abzubauen. Eng verbunden mit dieser These steht eine zweite, oft diskutierte These, dass gerade Bildungssysteme, die nicht extern in unterschiedliche Schulformen und Lernangebote differenzieren, Ungleichheiten abbauen oder diese gar nicht erst ermöglichen. Das scheinen mir zwei Einschränkungen zu sein. Zum einen gibt es meines Wissens momentan kein Bildungssystem auf unserem Pla-

neten, und das wird meines Erachtens auch weiter so bleiben, das frei von sozialen Verzerrungen ist, in dem es keine sozialen Ungleichheiten gibt. Also die Vorstellung von einem Bildungssystem, das rein nach Leistung aufgebaut ist, scheint eine Illusion zu sein. Damit muss man sich, glaube ich, arrangieren. Die Frage ist nur, wie hoch und wie stark diese Verzerrung sein soll. Und da gibt es möglicherweise doch substantielle Unterschiede in der Ausgestaltung unterschiedlicher Systeme. Es gibt keine Bildungssysteme, die nicht differenzieren. Auch Systeme wie beispielsweise in Finnland und Schweden weisen Differenzierungen auf, wenn auch in anderer Form. Und dass auch dort soziale Ungleichheit ein Thema ist, zeigt der Vergleich von Pisa 2000 zu 2009 oder 2012. Man sieht, dass in diesen Ländern die Leistungen schwächer geworden sind und der Zusammenhang zwischen Kompetenzerwerb und der sozialen Herkunft in diesem Zeitraum größer geworden ist. In Deutschland haben wir eine andere Entwicklung, die Kompetenzen sind besser geworden, der Zusammenhang ist etwas schwächer geworden.

Wenn man auf Deutschland schaut, dann rückt in den letzten Jahren der Übergang Grundschule/Sekundarstufe I für die Frage der Selektivität sehr stark in den Fokus. Es scheint so zu sein, dass an dieser Stelle zum ersten Mal soziale Unterschiede im Übergang deutlich werden, und daher wird die These vertreten, dass dieser Übergang an erster Stelle sozial selektiv sei. Wenn man sich die empirischen Studien zu dieser Übergangsschwelle anschaut, dann sieht die Befundlage etwas differenzierter aus. Man kann sagen, dass ungefähr 50 Prozent der Variabilität der Übergangentscheidung, also auf welche Schulform ein Kind nach der Grundschule geht, durch reine Leistungsmaße bestimmt werden, die schon um soziale Verzerrungen korrigiert sind. Da kann man sich jetzt streiten, ob 50 Prozent viel oder wenig sind. Ich finde, das ist erstmal viel. Das heißt aber nicht, dass die soziale Herkunft nicht bedeutsam ist, sie hat tatsächlich einen bedeutsamen Einfluss. Der größte Anteil liegt aber nicht im Übergangsgeschehen selbst, sondern in den Kompetenzunterschieden, die sich zwar an dieser Übergangsschwelle niederschlagen, die aber viel früher angelegt werden. Also Kinder lernen in ihren Elternhäusern aufgrund z. B. unterschiedlicher Förderung und Anregungsmilieus unterschiedlich



viel. Und dieses schlägt sich dann in unterschiedlichen Noten in der Grundschule nieder, die zu unterschiedlichen Übergangsempfehlungen führen, und diese führen dann letztendlich zu unterschiedlichen Übergangsverhalten. Das heißt, Ungleichheiten, die gerade an dieser schwierigen Selektionsstelle sichtbar werden, entstehen schon in der Grundschule, sie entstehen aber auch bereits vorher im vorschulischen Bereich. Wenn man sich die neuesten Studien anschaut, dann findet man im vorschulischen Bereich Unterschiede im Wortschatz, in der Grammatik und in der Sprachförderung in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft. Wir finden Unterschiede in der Partizipation an institutionellen Bildungs- und Betreuungsangeboten, insbesondere bei den unter 3-Jährigen. Und wir finden Unterschiede in der Partizipation nach sozialer Herkunft an sonstigen Bildungsangeboten, beispielsweise an Musikerziehung, an Sprach- und Sportangeboten. Wichtig scheint mir zu sein, dass wenn Schulformen letztendlich die Ursache unterschiedlicher Selektionsmechanismen sind, dass dann Schulformen – und das zeigt die empirische Bildungsforschung sehr schön – differenzielle Lern- und Entwicklungsmilieus darstellen. Das bedeutet, dass selbst wenn der Übergang in diese unterschiedlichen Lern- und Entwicklungsmilieus nur auf Leistung basieren würde, damit langfristig möglicherweise die soziale Ungleichheit vergrößert würde, weil die Leistungsunterschiede vor dieser Selektionschwelle wiederum substanziell mit der eigenen sozialen Herkunft einhergehen. Das bedeutet meines Erachtens, dass man den frühkindlichen Bereich sehr viel stärker mit in den Fokus nehmen muss, wenn man Selektionsmechanismen im Bildungssystem in der Grundschule, in der Sekundarstufe entschärfen will.

Wenn wir von Selektivität sprechen, meinen wir oft das dreigliedrige Schulsystem – Hauptschule, Realschule, Gymnasium. Das ist eine Schulstruktur, die wir mittlerweile in keinem der 16 Bundesländer mehr vorfinden, es gibt vielmehr einen deutlichen Trend zur Zweigliedrigkeit: es gibt das Gymnasium, und dem Gymnasium steht eine zweite Schulform gegenüber, die bei einer konsequenten Umsetzung des Zwei-Säulen-Modells dem Gymnasium gleichgestellt ist und zu allen Bildungsabschlüssen führt. Und das scheint mir auch ein Weg zu sein, wie man das Bildungssys-

tem möglicherweise weiterentwickeln könnte, um Kinderarmut abzubauen, um soziale Selektionsprozesse im Bildungssystem zu minimieren: Der konsequente Ausbau eines Zwei-Säulen-Modells, also Bildungswege lange offen halten und nicht früh in Sackgassen führen; damit verbunden eine weitgehende Reform der Lehrerbildung, die insbesondere dazu führt, das Qualifikationsniveau der Lehrkräfte, die nicht am Gymnasium sind, anzuheben, um damit die Grundlage dafür zu legen, dass diese Schülerinnen und Schüler auch auf die Oberstufen wechseln können; eine Harmonisierung von Bildungsübergängen zwischen abgebenden und aufnehmenden Schulen; ein stärkeres Einbinden und Mobilisieren von Eltern, die in vielen Übergangsprozessen meines Erachtens zu kurz kommen; eine frühe Förderung in den Blick nehmen, um möglichst frühzeitig Defizite zu diagnostizieren und daran anschließend individualisierte Förderungsprogramme zu initiieren; der weitere Ausbau der frühkindlichen Bildung, in dem neben der Quantität verstärkt auch die Qualität in den Blick gerät. Das Gleiche gilt für die Ganztagschule, auch hier ist der quantitative Ausbau weiter voranzutreiben, aber auch mit Inhalten und mit Qualität zu koppeln. Ein weiterer Punkt wäre eine differenzierte Mittelzuweisung an Schulen beispielsweise nach Sozialindizes, also eine ungleiche Mittelverteilung je nach Belastungspotential der Schule, wie das in einigen Ländern auch praktiziert wird sowie eine beschleunigte Umstellung der inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, insbesondere in den Bereichen Lernen, Verhalten und Sprache. Ein letzter Punkt: Wenn es um den Abbau von Kinderarmut und die damit zusammenhängende Verkettung mit der sozioökonomischen Herkunft der Kinder geht, ist die Sprachbildung als Entwicklungs- und Forschungsprogramm mittel- und langfristig zu forcieren, und zwar nicht nur unter der Perspektive von Migration und Integration. Wir wissen, dass viele Kinder ohne Migrationshintergrund, die aber aus sozial belasteten Familien kommen, vergleichsweise große Probleme in ihrer Sprachkompetenz haben. Hier scheint mir ein zentraler Schlüssel zu sein, um Selektionsprozesse im Bildungssystem mit abzubauen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Sie haben das Stichwort schon mehrmals genannt: den frühkindlichen



Bereich in den Fokus nehmen. In dem Sinne würde ich direkt an Frau Jehles übergeben.

Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Genau. Herzlichen Dank an die beiden Kollegen, die die Bedeutung des frühkindlichen Bildungssystems schon angesprochen haben, die ich auch noch einmal deutlich machen möchte. Dank an Herrn Lampert dafür, dass er die Schuleingangsuntersuchung angesprochen hat. Das ist nämlich die Datenquelle, auf der meine Ergebnisse basieren, die ich Ihnen nun vorstellen möchte und die zeigen, dass frühkindliche Bildung insbesondere für sozial benachteiligte Kinder eine enorme Bedeutung hat, dass aber ausgerechnet diese Kinder die frühkindliche Bildung weniger in Anspruch nehmen, als sie es vielleicht könnten oder sollten.

Ganz kurz zur Schuleingangsuntersuchung: Das ist eine Pflichtuntersuchung, die in Deutschland jedes Kind durchläuft, d. h., wir haben Daten für jedes Kind in Deutschland. Ich möchte Ihnen nun einen Auszug davon vorstellen. Man kann sehr viel mit der Schuleingangsuntersuchung machen, es werden schulrelevante Gesundheitsmerkmale wie die Visuomotorik, die Sprachkompetenzen, aber auch die Körperkoordination erfasst. Bei all diesen Merkmalen sehen wir einen Zusammenhang zur sozialen Herkunft. Ich möchte mich jetzt auf die Visuomotorik konzentrieren, das ist die Fähigkeit, Hand und Augen zu koordinieren. Sie können sich vorstellen, dass wenn man ein Problem hat, Hand und Auge zu koordinieren, dann fällt es schwerer, in der Schule die Schriftsprache zu erlernen. In der Schuleingangsuntersuchung weisen 14 Prozent der Kinder Auffälligkeiten in der Visuomotorik auf. Wir sehen gleichzeitig, dass Kinder unterdurchschnittlich gebildeter Eltern, die Sozialgeld beziehen und die erst mit 4 Jahren oder später eine Kindertagesbetreuung besuchen und diese Kindertageseinrichtung einen unterdurchschnittlichen Sozialstatus hat – dort sind also sehr viele Kinder, die auch unterdurchschnittlich gebildete Eltern haben oder Sozialgeld beziehen –, dann liegt deren Wahrscheinlichkeit für eine auffällige Visuomotorik bei 43 Prozent, also deutlich höher, als wenn diese Faktoren nicht zutreffen. Bei Kindern von ebenfalls unterdurchschnittlich gebildeten Eltern, die auch Sozialgeld

beziehen, die aber früher den Kitabesuch – nämlich mit 3 Jahren oder früher – begonnen haben und es eine sozial gemischte Kita ist, liegt die Wahrscheinlichkeit für eine auffällige Visuomotorik wiederum nur bei 15 Prozent, also wie im Durchschnitt. Das Problem ist – wie die Daten auch zeigen –, dass die Kinder, die besonders früh in die Kita gehen sollten, dies nicht tun. Das können Sie hier ganz gut sehen, das Grüne sind Kinder aus Familien ohne Sozialgeldbezug, und das Orangene sind Kinder aus Familien mit Sozialgeldbezug. Je jünger die Kinder sind, desto deutlicher sind die Unterschiede. Es gleicht sich zwar an, im Alter von 4 Jahren besuchen die meisten Kinder eine Kindertageseinrichtung, aber die Unterschiede zeigen sich trotzdem. Sozial benachteiligte Kinder profitieren weniger von der frühkindlichen Bildung als Kinder, die nicht aus sozial benachteiligten Haushalten stammen. Gleiches zeigt sich bei den sozial gemischten Kitas. Sie können hier sehr gut sehen, was ich damit meine: Diese Punkte, diese Konfettis möchte ich sie nennen, sind Kindertageseinrichtungen. Blau sind städtisch getragene, grün sind evangelisch getragene, lila sind katholisch getragene und gelb sind private Kindertageseinrichtungen. Im Durchschnitt, das ist diese schwarze Linie, sind um die 25 Prozent der Kinder in diesen Einrichtungen Sozialgeldbezieher. Sie können gleichzeitig sehen, dass es in den städtischen Kitas ein deutlich höherer Anteil und in den anderen Kitas ein deutlich geringerer Anteil ist. Da möchte ich nur darauf hinweisen, dass sie sehr unterschiedliche Bedarfe haben. Sie können im oberen, blauen Bereich sehen, dass es Kindertageseinrichtungen gibt, in denen über zwei Drittel der Kinder aus Sozialgeldbeziehenden Familien stammen. Was das für den pädagogischen Alltag in der Kindertageseinrichtung bedeutet, kann sich jeder von uns ausmalen. Es gibt auch zahlreiche Studien dazu, die belegen, dass dort der pädagogische Alltag deutlich herausfordernder ist, als in einer dieser Einrichtungen, in denen keine – es gibt sie tatsächlich – Sozialgeldbeziehende Kinder oder aber wenig Sozialgeldbeziehende Kinder sind. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass wenn wir bedarfsgerecht steuern wollen, dann dürfen wir nicht die Gießkanne dafür verwenden, sondern müssen genauer hinschauen.

Wie kann das geschehen? Dieser Begriff der Be-



darfsgerechtigkeit kursiert überall; Sie haben gerade schon die Schulsozialindizes und die Mittelsteuerung an Schulen angesprochen. Ich würde im Kontext dieser Diskussion um frühkindliche Bildung aber auch sagen, dass man auch im frühkindlichen Bildungsbereich bedarfsgerecht steuern muss, das haben Sie gerade gesehen. Häufig gibt es Ansätze, die Mittel z. B. auf den Sozialraum zu verteilen. Das hier ist ein Beispiel einer Stadt aus dem Ruhrgebiet, und Sie sehen hier den Anteil der Kinder unter 6 Jahren, die Sozialgeld beziehen. Im Durchschnitt dieser Stadt beziehen ungefähr 30 Prozent Sozialgeld; in den grünen Stadtteilen sind es unter 10 Prozent, in den roten ist es über die Hälfte der Kinder, die Sozialgeld beziehen. Häufig werden die Mittel so verteilt, dass die Kitas in einem grünen Bezirk nichts erhalten, weil es denen ja gut geht. Diejenigen im roten Bezirk erhalten etwas. Das ist zunächst ein positiver Ansatz, aber Sozialraum ist nicht gleich Einrichtung: Sie sehen, dass die Farbe des Sozialraums nicht zwangsläufig auch die Farbe der Kita ist. Das stimmt zwar in vielen Fällen überein, aber nicht zwangsläufig. In diesen grünen Sozialräumen gibt es auch Kitas, in denen besonders oder überdurchschnittlich viele Kinder in Armut leben. Das heißt, wenn man diese Sozialräume nicht fördert, weil man davon ausgeht, dass dort keine armen Kinder leben, steuert man im Prinzip vorbei und diese Kinder profitieren nicht. Wenn man sagt, in den roten Bezirken erhalten alle Kindertageseinrichtungen per se Mittel, fördert man auch Einrichtungen, in denen im Vergleich zu den anderen Einrichtungen dort gar nicht so viele arme Kinder sind. Deshalb: Schluss mit der Gießkanne und her mit der Lupe; das wäre mein Fazit.

Generell habe ich, glaube ich, zeigen können, dass der frühe Kita-Besuch in gemischten Kitas positiv auf die Entwicklung armer Kinder wirkt. Am Beispiel der Visuomotorik ist es deutlich geworden. Die Schuleingangsuntersuchung ermöglicht, sich noch andere Entwicklungsmerkmale anzusehen. Ich habe dazu auch noch ein paar Publikationen mitgebracht, die Sie sich gerne genauer anschauen können. Gleichzeitig besuchen diese Kinder aber die Kitas später als andere und bleiben dort auch überwiegend unter sich. Das bedeutet für eine bedarfsgerechte Förderung armer Kinder im frühkindlichen Bildungssystem: Weg mit der Gießkanne und her mit der Lupe. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, das war flott, umso mehr Zeit haben wir für die Debatte. Habt ihr schon Fragen? Ansonsten eröffne ich mit einer Frage. Ich war Mitglied des Bildungsausschusses im Landtag von Brandenburg und kenne die Kita-Landschaft ganz gut. Ich habe zwei Kinder in der Landeshauptstadt Potsdam, die ausschließlich freie Kitas hat. Aber ich kenne auch die Nachbarkreise im Wahlkreis, die öffentliche Kitas haben. Mein Eindruck wäre genau das Gegenteil: die öffentlichen sind qua besserer Finanzierung viel attraktiver als die freien, die die Eltern viel stärker ausquetschen müssen. Frau Jehles, ist das ein NRW-Spezifikum oder hat das möglicherweise mit einem Trend zu tun? Können Sie sagen, dass Eltern eher zu einem freien Träger als zu einem öffentlichen gehen? Für das Schulsystem ist das ja nicht ungewöhnlich, dort gibt es ja so eine Tendenz, die das begründen würde. Woran liegt es, dass sich der Sozialgeldbezug so eigenartig an der Frage der Trägerschaft orientiert?

Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Zu Ihrer Frage nach den Trägerunterschieden kann ich jetzt grundsätzlich nur für NRW reden. In NRW gibt es generell eine andere Struktur als in anderen Bundesländern, weil es dort einen sehr hohen Anteil konfessionell getragener Einrichtungen gibt. Wir wissen, dass sich im Rahmen des Ausbaus der letzten Jahre das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Betreuungsmarkt dahingehend verschoben hat, dass sich sehr viele Eltern auf unter Umständen wenige Plätze bewerben. Es gibt zum einen die hochschwängere Akademikermutter, die sich bereits in der Schwangerschaft um einen Betreuungsplatz bewirbt – und zwar bei 30 Einrichtungen. Sie haben zum andern die Einrichtung, die in dieser Situation sehr gut selektieren kann, wen sie aufnimmt und wen nicht. Wir wissen aus bisher unveröffentlichten Ergebnissen, dass dies gerade in NRW dazu geführt hat, dass spezielle Einrichtungen, wie beispielsweise konfessionell getragene Einrichtungen, sagen: „Wir bevorzugen die Kinder unserer Konfession.“ Das ist auch rechtens, das dürfen sie. Das hat aber natürlich zur Konsequenz, dass es in einer Einrichtung sehr viel Sozialgeld beziehende Kinder oder Migrantenkinder gibt, da sehen wir es eigentlich noch deutlicher. Natürlich ist Migrationshintergrund nicht gleich Sozialgeldbezug und Migrationshintergrund ist nicht



unbedingt katholisch oder evangelisch; aber es gibt da Zusammenhänge, die es genauer zu untersuchen gilt, wenn man von gleichen Bildungschancen und einer Durchmischung von Einrichtungen sprechen möchte und erreichen möchte, dass alle Kinder gleichermaßen gefördert werden und nicht unter sich bleiben müssen.

Katharina Erbdinger (BMAS): Es soll ja auch aus dem SGB II heraus gefördert werden, dass die Kinder Kitas besuchen, denn es ist ja bekannt, dass das die Chancen der Kinder fördert und auch die Chancen der Eltern an der Arbeitsmarktteilhabe fördert. Ist es möglich, dass es auch damit zusammenhängt, dass die Jobcenter als kommunale Einrichtungen Verträge mit kommunalen Kitas haben?

Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Letztendlich müssen die kommunalen Träger von Einrichtungen den Rechtsanspruch erfüllen. Sie haben dort eher den Zugriff, Kinder unterzubringen, als in frei getragenen Einrichtungen. Mit Sicherheit gibt es da einen Zusammenhang.

Katharina Erbdinger (BMAS): Genau. Ich darf jetzt natürlich nicht für mein Haus sprechen, aber wenn es darum geht, könnte man vielleicht die Lupe und auch die Gießkanne einpacken und denen das Geld mitgeben. Denn das Problem ist ja, dass die Kommunen das Geld häufig auch nicht haben.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Ich bin „erfreut“ über die Ergebnisse, weil sie letztlich umfassend betrachtet nichts Neues bringen, aber jetzt haben wir es wissenschaftlich fundiert. Den Spruch „arm stirbt früh“ kennt jeder. Jetzt haben wir eine Datenlage, und zwar eine breite, auch gerade was die frühkindliche Bildung angeht. Sie haben ja schon vom Ministerium gehört, dass es da Anreizsysteme gibt. Bei dieser frühkindlichen Bildung ist es wie beim Elternabend, zu den Elternabenden kommen auch immer die Eltern, die eigentlich nicht kommen müssten. Welche weiteren Möglichkeiten gibt es aus Ihrer Sicht, junge Eltern noch mehr zu motivieren, ihre Kinder früher in eine Kindertagesstätte zu bringen und nicht

erst, wenn sie Vier oder im Vorschulalter sind? Ist aus Ihrer Sicht das Betreuungsgeld, das wir Linken von Anfang an immer moniert haben, bezogen auf Bildungschancen und die Gesundheit von Kindern nicht völlig kontraproduktiv, weil es gerade in den Schichten der – sozial oder finanziell Benachteiligte ist für mich immer der falsche Begriff – ärmeren Familien in dieser finanziellen Situation in Anspruch genommen wird und das Kind eben nicht in die staatliche Kindertagesstätte geschickt wird? Ist dieses nicht völlig kontraproduktiv auch im Hinblick auf die Folgen für die Kinder sowie die Spätfolgen, die sich dann erst in der mittleren Lebensphase zeigen?

Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Ich möchte gerne von hinten anfangen. In Bezug jetzt auf Ihre Frage zum Betreuungsgeld haben wir ja jetzt die Situation, dass wir das Betreuungsgeld nicht mehr haben. Eine Evaluation zum Betreuungsgeld hat gezeigt, dass es zwar Zusammenhänge zwischen der Herkunft und der Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes bzw. der Nichtinanspruchnahme von Kindertagesbetreuung gibt, die aber bei Weitem nicht so dramatisch ausfallen, wie man das erwartet hat und wie man das auch aus anderen Ländern kennt. Das hat auch damit zu tun gehabt, dass die Höhe des Betreuungsgeldes in Deutschland deutlich geringer war als in anderen europäischen Ländern. Daher sind die Befürchtungen, die man beim Betreuungsgeld hatte und auch in Bezug auf Landesbetreuungsgelder haben kann, zu relativieren.

Zur ersten Frage nach dem frühen Kitabesuch ist es aus meiner Sicht sehr wichtig, dass man ein wohnortnahes Angebot für alle Familien bereithalten kann, das auch dem gewünschten Betreuungsumfang entspricht. Die Landesregelungen sind diesbezüglich sehr unterschiedlich. Wenn Sie nur einen 25-Stunden-Platz brauchen, aber einen 45-Stunden-Platz in Anspruch nehmen und bezahlen müssen, dann haben Sie da auch ein Problem. Daher ist es sehr wichtig, ein bedarfsgerechtes Angebot vor Ort zu schaffen, das den Eltern ermöglicht, es in Anspruch zu nehmen, wenn sie es denn wollen. Es gibt mit Sicherheit immer eine kleine Gruppe von Eltern, die sagen, „ich möchte das nicht oder mein Kind soll erst spät in die Kita gehen.“ Ich wüsste auch keinen Ansatz, wie man



das ändern kann, aber man muss zumindest für die Eltern, die es wollen, ein Kita-Angebot schaffen, das sie in Anspruch nehmen können.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe eine Frage an Frau Jehles zu den Erkenntnissen zur Visuomotorik. Ich möchte mir das gerne etwas näher anschauen, um nicht zu falschen Kausalitäten zu kommen. An was liegt es? Haben Sie Hypothesen zu den Ursachen dafür, dass einige Kinder die Hand-Augen-Koordination besser können als andere? Ist die Armut der Familie dafür ursächlich oder gibt es nicht noch andere Zusammenhänge? Ich kann die Frage auch noch ein bisschen weiter fassen: Es gibt ja auch andere Kompetenzbereiche und Bewegungsabläufe, bei denen ich mich immer frage, wie man ein Kind eigentlich davon abhalten kann, rückwärts zu gehen und einen Purzelbaum zu schlagen – und trotzdem können das nicht alle Kinder. Ist dies auf die Armut oder auf soziale Umstände zurückzuführen oder gibt es ggf. noch andere Dinge, die auch mit hineinspielen? Dazu hätte ich gerne Ihre Einschätzung, um nicht zu falschen Hypothesen zu kommen oder um die Hypothese zu bestärken, dass es diesen Zusammenhang tatsächlich gibt.

Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Diesen recht simpel aufgemachten Darstellungen von Kindern und Wahrscheinlichkeiten liegen logistische Regressionsmodelle zugrunde, in denen wir umfangreiche Merkmale wie Migrationshintergrund, Bildung der Eltern, Familiensituationen – alleinerziehend oder Anzahl der Kinder – kontrolliert haben und ob sich diese verschiedenen Entwicklungsmerkmale untereinander ggf. wechselseitig beeinflussen. Das, was ich dort dargestellt habe, hat zentral den größten Einfluss. Und das ist zum einen der Sozialgeldbezug der Eltern, der deutlich stärker wirkt als die Bildung der Eltern, und zum anderen die Betätigung im Sportverein, die einen positiven Einfluss auf die Entwicklung von Kindern hat. Die sportliche Aktivität habe ich an dieser Stelle nicht mit einbezogen, weil das den Rahmen gesprengt hätte. Um Ihre Frage zu beantworten: Wir haben umfangreiche Merkmalssets kontrolliert, so dass wir sagen können, dass der Sozialgeldbezug eines der zentralen Merkmale für die visuomotorische Entwicklung ist. Das zeigt sich auch bei der Sprachkompetenz in Deutsch. Bei der Sprachkompetenz

Deutsch finde ich vor allem interessant, dass Armut mehr Einfluss hat als der Migrationshintergrund. Da ich diese Diskussion hier nicht beginnen wollte, habe ich mich auf die Visuomotorik konzentriert, weil das aus meiner Sicht eines der zentralsten Themen ist.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Von meiner Seite auch vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich finde es gut, dass Sie im Nachgang noch eingeschränkt haben, dass die Zahlen hauptsächlich aus NRW kommen, denn scheinbar ist es in NRW anders als im Rest der Republik. Was Sie gesagt haben, kann ich aus Niedersachsen nicht bestätigen. Ich sehe auch den Zusammenhang zwischen Betreuungsgeld und U-Untersuchungen nicht. Wir haben lange im Präventionsgesetz dafür gekämpft, dass die U-Untersuchungen eine Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherungen werden, so dass es eine lückenlose Biografie gibt. Ich glaube, dass die Jugendämter oder die staatlichen Stellen viel mehr drauf achten sollten, dass ein vernünftiges Meldesystem zustande kommt, damit nicht – trotz Aufforderung, die es ja teilweise von den Jugendämtern oder auch von den Landesämtern für Jugendpflege gibt – Lücken entstehen und die Eltern ihrer Pflicht nachkommen, die Kinder zur U-Untersuchung beim Kinderarzt vorzuführen. Da gibt es große Lücken. Das funktioniert in keinem Bundesland anscheinend richtig. Ich habe selbst fünf Kinder und habe das mal durchgespielt; das ist bei unserer jüngsten Tochter irgendwann im Sande verlaufen, da hat sich letztendlich keiner darum gekümmert. So geht es natürlich nicht.

Ich muss auch ein bisschen widersprechen, dass Familien oder Alleinerziehende, die sozialbedürftig sind oder Sozialleistungen empfangen, ihre Kinder seltener oder später in die Kitas geben – im Gegenteil. Ich kenne das aus dem Stadtteil, in dem unsere Kinder in die Kita gingen, und das war nicht gerade der beste Stadtteil der Stadt. Dort haben die Eltern ihre Kinder in den Kindergarten gegeben, um „frei zu haben“. Ich will das nicht „abschieben“ nennen, aber damit die Mütter einfach etwas anderes machen können. Genauso ist es, wenn sie Kinder in eine Mittagstafel geben. Man hört, dass die Kinder einfach in die Mittagstafel abgeschoben werden und die Mutter kümmert sich nicht um das Mittagessen. Da muss man auch



sehr stark selektieren, da läuft einiges in Deutschland schief. Hier muss viel besser von der Kommune her angesetzt werden. Das können wir als Bund gar nicht leisten, das ist eine kommunale Aufgabe und da muss man tatsächlich beim Jugendamt, bei der Gesundheit, aber auch beim Anmeldewesen anfangen. Ich kenne das zentrale Anmeldewesen, dass man sich bei der Kommune meldet, „ich brauche einen Kitaplatz oder einen Krippenplatz“, und man dann gefragt wird, wo man wohnt. Dann wird gesagt, „in Ihrer Nähe ist die und die Kita und da werden Sie jetzt zugewiesen.“ Wenn da nichts frei ist, geht es zunächst in eine andere Kita, und dann kann man nach dem Sommer, wenn es passt, auch wechseln. Da gibt es schon gute Modelle. Das scheint in NRW nicht so zu klappen, aber das ist eine kommunale Angelegenheit, um die wir uns als Bund nicht auch noch kümmern sollten.

Vorsitzender: Mein Eindruck war, dass das jetzt auch an Herrn Lampert, zumindest was Prävention und U-Untersuchungen betrifft, ging.

Dr. Thomas Lampert (Robert Koch-Institut, Abt. Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring): Das können wir, glaube ich, in dieser Form auch unterstützen. Wir sehen eine relativ positive Entwicklung bei den U-Untersuchungen. Wir wissen alle, wie wichtig diese Vorsorgeuntersuchungen sind und dass sie nach Möglichkeit von allen Kindern lückenlos in Anspruch genommen werden sollten. Die Entwicklung in den letzten Jahren ist auch in den sozial benachteiligten Gruppen relativ günstig gewesen. Der Abstand zwischen den begünstigten und benachteiligten Gruppen ist aber weitgehend erhalten geblieben, d. h. da gibt es nach wie vor Informationsbedarf. Für die Anreize bin ich, glaube ich, nicht der richtige Ansprechpartner – das kann ich nicht beurteilen. Wie in vielen anderen Bereichen der Prävention und Gesundheitsförderung beobachten wir, dass die vorhandenen Angebote in den unteren Statusgruppen weniger in Anspruch genommen werden. Das führte dann letztendlich gerade auch bei erfolgreichen Maßnahmen dazu, dass die gesundheitliche Ungleichheit teilweise noch zugenommen hat. Wir sprechen da vom Präventionsdilemma, das sich in fast allen Bereichen zeigt. Deswegen ging mein Plädoyer dahin, die Maßnahmen auch da-

hingehend zu prüfen, ob alle Gruppen – und gerade auch diejenigen, die den größten Förderbedarf haben – tatsächlich erreicht werden. Die Forderung, durch eine bessere Information Anreize zu schaffen, kann man natürlich unterstützen.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldige bitte, aber das ist so ein bisschen das Weltbild der Union: Die Mutter sitzt zuhause und hat keinen Bock zu arbeiten und schiebt dann ihr Kind ab, um Freizeit zu haben...

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Das ist aber die Realität.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ...das ist nicht die Realität. Es sind sehr viele berufstätige junge Frauen, die ihre Kinder abgeben. Ich habe auch fünf Kinder und habe das nicht schleifen lassen, bei mir sind alle zu den U-Untersuchungen auch ohne Anreizsystem gegangen. Ich glaube, man muss viel komplexer untersuchen, woran es liegt, dass diese Eltern nicht mit ihren Kindern hingehen. Wenn es z. B. psychische Überlastung und die Mutter alleinerziehend ist – das sage ich als Psychologin – und wenig Geld, aber viele Sorgen hat, dann hat sie mit sich schon genug zu tun, und dann wird es nichts nützen, wenn man ihr sagt, das Kind bekommt in einem Jahr einen Schwimmkurs, wenn es zur Untersuchung geht. Ich glaube, das kann man nicht so einfach beantworten, da muss man sehr viele Dinge untersuchen und genauer hinschauen, was die Menschen davon abhält. Ist es wirklich die fehlende Information? Das müssten wir erstmal feststellen. Wissen diese Eltern denn nicht auch, dass es gut ist, das Kind zur Untersuchung zu bringen? Sozial schwächer bedeutet ja nicht immer, total ungebildet zu sein, und dass sie noch nie gehört haben, dass eine Vorsorgeuntersuchung gut ist. Es sind ja oft andere Dinge, die sie davon abhalten. Deswegen kann man auch nicht so pauschal irgendein Anreizsystem fordern. Da muss man näher hinsehen.

Vorsitzender: Ich möchte zwei Dinge aus verschiedenen Themen gerne anschließen. Zu den U-Untersuchungen hat insbesondere die Frage der Kinderärztedichte die Gesundheitspolitiker unse-



rer Fraktion im letzten Jahr umgetrieben. Die Niederlassungen für Kinderärzte werden von der KV entsprechend der Bevölkerungszahlen vergeben. Das führt dazu, dass es in den Zentren, insbesondere in den größeren Metropolstädten, wo viele Familien wohnen, wo viele Kinder geboren werden, mehr als in den ländlichen Regionen eine gnadenlose Unterversorgung mit Kinderärzten gibt und man entsprechende Probleme mit den U-Untersuchungen hat. Gibt es Erhebungen, ob wir hier ein Stadt-Land-Gefälle haben? Möglicherweise auch in der Wahrnehmung, weil U-Untersuchungen schnell gemacht werden müssen und man kaum einen Kinderarzt findet und weil es kompliziert ist. Hat sich aufgrund der Geburten-schwemme in den Metropolen und in größeren Städten in den letzten Jahren möglicherweise etwas verändert hinsichtlich der Inanspruchnahme von U-Untersuchungen? Das wäre ein spannender Faktor.

Dann möchte ich bei Herrn Prof. Maaz noch einmal zum zweigliedrigen Schulsystem nachhaken. Das haben ja in der Tat viele Länder umgesetzt. Wir haben überall eine Besuchsquote an Gymnasien oberhalb der 50 Prozent, streckenweise an die 60 Prozent heranreichend, mit Abiturquoten in den 40igern bis knapp über 50 Prozent eines Jahrgangs. Das hat aber den Effekt, dass es Schulen der „Übriggebliebenen“ gibt, und zwar noch mehr als früher. Hat das Durchsetzen der Zweigliedrigkeit nicht dazu geführt, dass sich die Selektionsmechanismen verschärft haben und wir Schulen haben, auf denen es keinerlei Chance auf einen höheren Schulabschluss gibt? Je nachdem, wie sie jetzt in den einzelnen Ländern heißen, sind das Oberschulen mit einem Niveau, das noch unterhalb der früheren klassischen Hauptschulen liegt. Diese Schulen sind – trotz des zum Teil großen Bemühens der Kommunen und der Länder, der Lage Herr zu werden – voll mit Schulversagern und mit hohen Abbruchquoten. Ist das nicht möglicherweise ein Effekt davon, das dreigliedrige Schulsystem zugunsten eines zweigliedrigen „umzustricken“, das die Selektion noch verschärft hat? Wäre die Lösung dann nicht, die Mehrgliedrigkeit aufzugeben und alle Abschlüsse an einer Schule anzubieten? Das klingt am naheliegendsten.

Dr. Thomas Lampert (Robert Koch-Institut, Abt.

Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring): Die Annahme, dass die Versorgungsdichte mit dem Inanspruchnahme-Verhalten korreliert, liegt relativ naheliegend. Wir haben im Robert Koch-Institut aber keine Daten, um Stadt-Land-Unterschiede vernünftig herauszuarbeiten. Ich glaube, da müssten andere Akteure befragt werden.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Ich glaube, diese Problematik der zurückgebliebenen Kinder bekommen wir mit dem deutschen Schul- und Bildungssystem nicht in den Griff, egal wie vieltgliedrig unser Schulsystem ist. Neulich gab es in der Presse die Überschrift: „Wenn der Architekt oder der Ingenieur nicht rechnen kann!“ Auch die heutigen Abiturienten haben nicht mehr das Niveau, das man früher als Abiturient hatte. Man muss sich das mal anschauen: Ein Kind kommt auf die Welt und wird mit Informationen zugebuttert und saugt diese Informationen auf. Wenn man sich anschaut, was das Kind in den ersten Lebensmonaten, in den ersten Lebensjahren an Erfahrungen aufnimmt, verarbeitet, sowohl motorisch als auch intellektuell lernt, dann sind die Kinder „Lernmaschinen“, Computer, die einen Input erhalten, den sie speichern, verarbeiten und umsetzen. Und dann kommen sie in die Schule – und dann bricht das abrupt ab, weil sie aus ihrem eigenen Lernsystem in ein System gepresst werden, das wir Erwachsene für gut halten. Und von dem Moment an funktioniert es nicht mehr. Dann haben wir Kinder, die das irgendwie kompensieren können und die anderen sind die sogenannten Schulversager. Da müssen wir grundsätzlich über unser gesamtes Bildungssystem nachdenken.

Vorsitzender: Darauf zielte ich gar nicht ab. Aber...

Prof. Dr. Kai Maaz (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung): An der Stelle kann man natürlich grundsätzlich über die Struktur des Bildungssystems nachdenken. Ich denke schon, dass das Zwei-Säulen-Modell mittelfristig tragfähig sein wird, zumindest besser als das dreigliedrige, viergliedrige, fünfgliedrige, sechsgliedrige, in einigen Bundesländern stehen auch sieben verschiedene Schulformen nebeneinander. Die Vorstellung, damit von heute auf morgen die Problemschulen zu beseitigen, war eine bil-



dungspolitische Illusion in den Bundesländern, in denen man diese Reform aktiv umgesetzt hat, weil sich natürlich die soziale Komposition einer Schule im Wesentlichen auch über die Sozialstruktur des Wohnumfeldes zusammensetzt. Dadurch, dass wir aus einer Haupt- und Realschule eine Sekundarschule machen, ändert sich die Schülerklientel nicht, diese bleibt. Das heißt, allein die Schulstruktur zu verändern, reicht nicht aus, man muss mehrere Ebenen tiefer gehen, man muss in die Unterrichtsstruktur, in die Unterrichtsprozesse gehen, man muss die Curricula drastisch entkernen und auf wesentliche Dinge reduzieren, um Schule nicht mit Lerninhalten zu überfrachten, die sie nicht leisten kann. Gerade in den von Ihnen angesprochenen Schulen haben Lehrkräfte nicht unerhebliche Zeit damit zu tun, überhaupt erstmal eine lernähnliche Situation in den Klassen herzustellen, d. h., der Unterrichtsstoff kann da gar nicht abgearbeitet werden. Dennoch glaube ich, dass der Weg zur Zweigliedrigkeit oder zum Zwei-Säulen-Modell zum jetzigen Zeitpunkt der richtige ist. Einen anderen sehe ich nicht, einen anderen halte ich für nicht umsetzbar, weil er zu großen Widerständen führen würde. Das, was ich aus dem Statement von Herrn Wunderlich herausgehört habe, ist meines Erachtens weder in der politischen noch in der öffentlichen Gesellschaft konsensfähig. Entscheidend scheint mir daher zu sein, dass man die zweite Säule neben dem Gymnasium so attraktiv und offen gestaltet, dass alle Bildungsoptionen möglich sind. Die eine Schule, die zu allen Abschlüssen führt, kann ich mir nicht vorstellen – das wird nicht funktionieren. Das könnte nur dann funktionieren, wenn man das Gymnasium aufgibt. Momentan würde ich sagen, dass man die Finger davon lassen sollte, das Gymnasium infrage zu stellen. Das würde ein bildungspolitisches Erdbeben geben, das man nicht einfangen kann. Wenn man sich die Bundesländer anschaut, die neben dem Gymnasium die Sekundarschule haben, dann liegt der Anteil derer, die Abitur machen – er ist von Schule zu Schule unterschiedlich – noch nicht sehr hoch. Das heißt, wir könnten an diesen Schulen quantitativ gar kein entsprechendes Angebot machen. Wir haben nicht die Lehrkräfte an den Schulen, um das Angebot in der Oberstufe zur Verfügung zu stellen. Es würde einfach nicht möglich sein, in allen Schulen eine Oberstufe anzubieten, weil noch zu wenige Schülerinnen und Schüler letzt-

endlich in die Oberstufen übergehen und das Abitur machen. Das könnte meines Erachtens nur über zwei Wege funktionieren: Zum einen müsste man die Abiturientenquote noch einmal drastisch anheben – ob man das will und ob man damit auch Qualitätsstandards sichert, würde ich zumindest vorsichtig in Zweifel ziehen. Zum andern gebe es nur die Alternative, die Schulform, die von ihrer Struktur her vornehmlich zum Abitur führt, abzuschaffen. Und das halte ich momentan für nicht wirklich umsetzbar.

Vorsitzender: Wenn es keine weiteren Fragen gibt, dann war es das an dieser Stelle. Ich möchte Ihnen die Möglichkeit geben, ein Schlusswort für das Protokoll zu sprechen. Ich erinnere daran, dass in unserer Stellungnahme alles, was Sie an Forderungen äußern, in irgendeiner Form Berücksichtigung findet. Jetzt gibt es also die Gelegenheit, das zu sagen, was noch nicht gesagt wurde. Danach wechseln wir in den geschlossenen Teil.

Dr. Thomas Lampert (Robert Koch-Institut, Abt. Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring): Sie hatten völlig zurecht gesagt, das sind keine neuen Erkenntnisse, Armut wirkt sich auf die Gesundheit aus. Das wissen wir seit 20, 30 Jahren. Mir ist wichtig zu betonen, dass sich dieser Zusammenhang über all die Zeit als sehr stabil erwiesen hat. Es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, dass sich diese Zusammenhänge in den letzten Jahrzehnten verringert haben könnten. Wir sehen sogar in bestimmten Bereichen eine Ausweitung, gerade auch bei erfolgreichen Maßnahmen wie der Zahnvorsorge. Der Nichtraucherschutz ist, glaube ich, auch ein sehr gutes Beispiel. Wir sehen erstmals seit 2003 einen Rückgang beim Rauchen in Deutschland, das ist sehr erfreulich. Wir sehen, dass deutlich weniger Kinder mit dem Rauchen anfangen. Wir sehen aber auch, dass dies gerade die Kinder aus den bessergestellten Elternhäusern sind. Ich habe Ihnen die Ergebnisse zum mütterlichen Rauchen gezeigt, da ist die Schere auch weiter auseinander gegangen. Die Auswirkung von Armut auf die Gesundheit schlägt sich in 8 bis 11 Jahren Unterschied in der mittleren Lebenserwartung bei Geburt nieder. Bei Männern sind das 11 Jahre, bei Frauen sind das 8 Jahre, die die ärmeren Bevölkerungsgruppen weniger an Lebenserwartung haben als die bessergestellten. Im mittleren und hö-



heren Lebensalter sehen wir ein drei- bis vierfach erhöhtes Risiko für die meisten chronischen Erkrankungen, Herzinfarkt, Schlaganfall und Diabetes. Dafür werden die Weichen in jungen Jahren gestellt. Umso wichtiger ist, dass all die Maßnahmen, die wir angesprochen haben – die U-Untersuchungen, die Zahnvorsorge, die frühkindliche Entwicklung und die Familienhilfen – sehr früh ansetzen, und zwar rund um die Geburt. Da ist in den letzten Jahren tatsächlich auch einiges sowohl im Gesundheitsbereich als auch im Bildungsbereich passiert. Es geht darum, dass wir nicht müde werden, diese Maßnahmen weiter voranzutreiben und dahingehend zu prüfen, ob sie wirklich dort ankommen, wo sie am dringlichsten benötigt werden.

Nora Jehles (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung): Ich möchte am Ende darauf hinweisen, dass wir in der frühkindlichen Bildung nach wie vor große soziale Unterschiede bei der Inanspruchnahme sehen und dass es da auch vor Ort extrem große Unterschiede gibt. Herr Pols hat das ja auch angesprochen, dass es bei ihm vor Ort anders sein mag als in NRW. Wir haben es mit extrem großen regionalen Unterschieden zu tun, die aber deshalb nicht weniger bedeutend sind, sie müssen vielmehr auch immer mit reflektiert werden, und darüber muss es auch Erkenntnisse geben. Gerade für eine bedarfsgerechte Steuerung sind kleinräumige Informationen notwendig, um zu sehen, wo der Bedarf ist, wo wir ausbauen und wen wir noch mehr erreichen müssen.

Prof. Dr. Kai Maaz (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung): Mir ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Schulstruktur letztendlich den Rahmen bildet, wenn es um Selektion und Selektivität des Bildungssystems geht, die notwendig, aber nicht hinreichend ist, um soziale Ungleichheit abzubauen, und dass durch bestimmte schulstrukturelle Maßnahmen vermieden werden kann, dass sich diese Problemschulen weiterentwickeln. Entscheidend scheint mir darüber hinaus zu sein, dass man in den Schulen – es ist eigentlich völlig egal, wie diese Schule heißt – Lerngelegenheiten schafft, die den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialer Herkunft, sondern bezogen auf ihre Leistungsfähigkeit gerecht werden und sie dann angemessen entsprechend ihrer Möglichkeiten gefördert und gefordert werden.

Vorsitzender: Dann liegt der Dank bei uns für Ihr Kommen, für Ihre Eingangsreferate. Ich hoffe, dass wir die PowerPoint-Präsentationen zur Verfügung gestellt bekommen, das ist ja auch hilfreich. Das Wortprotokoll werden Sie in einigen Wochen auf der Website finden, wenn Sie es zur weiteren Verwendung gebrauchen können. Wir machen an dieser Stelle eine kurze Umbaupause und kommen dann zum geschlossenen Teil der Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17.33 Uhr

Norbert Müller, MdB
Vorsitzender